



An den Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Gerd Nothaft

Fraktion in der
Stadtvertretung Norderstedt
Rathausallee 62
22846 Norderstedt
+49 40 53595 507
fraktion@gruene-norderstedt.de

Norderstedt, 08. Februar 2019

Sitzung des Umweltausschusses am 20.02.2019 - Antrag

Sehr geehrter Herr Nothaft.

Im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten wir um Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Keine Genehmigung privater Osterfeuer“. Unter diesem TOP stellen wir folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Das Ordnungsamt und beteiligte Fachabteilungen werden gebeten, in diesem Jahr die Genehmigungen für private Osterfeuer auf eigenem Gartengelände nicht mehr zu erteilen und sich gemeinsam mit der Feuerwehr auf i.d.R. auf 3-4 Brauchtums-Osterfeuer in Norderstedt zu beschränken. Diese sollen sachgerecht vorbereitet und durch die Feuerwehr/THW oder andere fachkundig Verantwortliche beaufsichtigt und durchgeführt werden. Die [„Stadtverordnung über die Benutzung von Feuer und brandgefährlichen Geräten im Freien,“ hier insbesondere § 2.](#) muss in allen Punkten Berücksichtigung finden.

Begründung:

In den vergangenen Jahren stand immer wieder das Thema *Osterfeuer* auch durch Anfragen von Bürger*innen im UA zur Diskussion.

Laut Auskunft des Ordnungsamtes genehmigte es in der Vergangenheit pro Jahr ca. 180 private Osterfeuer. Bei dieser Anzahl von Feuern kann i.d.R. eine sachgerechte Überprüfung nicht durchgeführt werden. Nach Einschätzungen der Verantwortlichen bei der Stadt und Beobachtungen durch betroffene Anwohner*innen werden die Feuer zum Verbrennen von Gartenabfällen und sonstigem Unrat genutzt, der in der Regel auf dem Recyclinghof entsorgt werden müsste. Die Luftbelastung ist am Ostersonntag und über die Feiertage insbesondere durch Feinstaub, hohe CO₂ Emissionen und Giftstoffe, die bei der Verbrennung entstehen, deutlich erhöht. Selbst für den Laien ist dies mit allen Sinnen zu spüren, zu riechen zu schmecken und zu sehen. Die Atemluft führt zu starken Reizungen. Kinder und ältere Bürger*innen sind von diesen Gesundheitsgefahren besonders betroffen. Es ist die Pflicht, dass die Verantwortlichen der Stadt (Politik und Verwaltung) gemeinsam die Gesundheit der Norderstedter Bevölkerung in den Fokus rücken und umgehend mutig Maßnahmen ergreifen. Gerade bei den derzeitigen kontroversen Grenzwertdiskussionen dürfen wir uns nicht dazu verführen lassen, abzuwarten und die massiven Problemlagen zu ignorieren.

Weitere Informationen:

https://www.umweltbundesamt.de/.../2018-02-19_texte_11-2018_lager-brauchumsfe...

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



M. Muckelberg

gez. Dagmar Feddern

Fraktionsvorsitzender

i.A. Christine Böttcher

Fraktionsassistentin



Anlage: Artikel: Gefährlicher Feinstaub Spiegelausgabe 6/2019